

Stand: 01.07.2025 00:15:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17350

"Ausbau der Windkraft in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17350 vom 20.06.2013
2. Beschluss des Plenums 16/17381 vom 20.06.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 20.06.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Christa Stewens, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und **Fraktion (FDP)**

Ausbau der Windkraft in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Zur dauerhaften Akzeptanzsicherung der Energiewende ist es wichtig, dass die Ausbauziele des Bayerischen Energiekonzepts „Energie innovativ“ im Einklang mit den berechtigten Bedürfnissen der bayerischen Bevölkerung stehen. Hierzu gehört insbesondere ein großer Abstand von in der Landschaft deutlich sichtbaren Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene für entsprechende gesetzliche Regelungen einzusetzen. Außerdem wird sie aufgefordert, weiterhin der Windkraft in Bayern nach den konkreten Verhältnissen vor Ort Raum zu schaffen und zugleich die Bevölkerung vor einer optisch bedrängenden Wirkung von Windkraftanlagen durch überlegte Situierung zur Vermeidung von Umzingelung zu schützen.

Begründung:

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung nach dem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie hat die Staatsregierung das Energiekonzept „Energie innovativ“ beschlossen. Das Ziel der Energiewende erfordert einen Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. An diesem Ausbauziel ist festzuhalten.

Der notwendige Zubau alternativer Energien kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung getragen wird. Die Staatsregierung soll deshalb auf einen Ausbau hinwirken, der im Einklang mit den berechtigten Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfolgt. Dabei ist es zur Sicherstellung der notwendigen Akzeptanz – etwa um einer Umzingelung einzelner Orte durch Windkraftanlagen entgegenzuwirken – erforderlich, die bestehenden Regelungen so fortzuentwickeln, dass größtmögliche Abstände zur Wohnbebauung unter gleichzeitiger Ermöglichung einer ausreichenden Zahl von Windkraftanlagen erreicht werden.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Christa Stewens, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/17350

Ausbau der Windkraft in Bayern

Zur dauerhaften Akzeptanzsicherung der Energiewende ist es wichtig, dass die Ausbauziele des Bayerischen Energiekonzepts „Energie innovativ“ im Einklang mit den berechtigten Bedürfnissen der bayerischen Bevölkerung stehen. Hierzu gehört insbesondere ein großer Abstand von in der Landschaft deutlich sichtbaren Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene für entsprechende gesetzliche Regelungen einzusetzen. Außerdem wird sie aufgefordert, weiterhin der Windkraft in Bayern nach den konkreten Verhältnissen vor Ort Raum zu schaffen und zugleich die Bevölkerung vor einer optisch bedrängenden Wirkung von Windkraftanlagen durch überlegte Situierung zur Vermeidung von Umzingelung zu schützen.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Blume

Abg. Tobias Thalhammer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Ludwig Wörner

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe die nächsten Dringlichkeitsanträge auf.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Windenergie in Bayern voranbringen - Den Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern suchen! (Drs. 16/17329)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akzeptanz der Windenergie sichern - Einflussbereich der Kommunen bei Planung von Windkraftanlagen stärken (Drs. 16/17349)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Christa Stewens, Karl Freller, Dr. Otto Hünnerkopf und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP)

Ausbau der Windkraft in Bayern (Drs. 16/17350)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Hartmann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! An das, was die Staatsregierung in der Energie-debatte hier im Hohen Haus oder über die Medien von sich gibt, haben wir uns schon weitgehend gewöhnt. Es werden Maßnahmen angekündigt. Ein Minister sabotiert in der Staatsregierung faktisch schon offen die Energiewende. Der andere Minister kann sich nicht durchsetzen. In den letzten Tagen und Wochen ist von dem leider nicht anwesenden Ministerpräsidenten eine Debatte zur Energiewende ausgelöst worden. Es ging um den Abstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten. Der Ministerpräsident

hat sich von irgendjemand ins Ohr flüstern lassen, dass der Abstand mindestens das Zehnfache der Masthöhe betragen müsse. Damit käme der Ausbau der Windkraft in Bayern komplett zum Erliegen. Wir reden von einem Abstand von zwei Kilometern. Nur zum Vergleich: Die Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe des Kernkraftwerks Gundremmingen leben, haben einen Abstand von einem Kilometer zu dieser Anlage. Davor kann man Angst haben. Bei großen Windkraftanlagen von Angst zu sprechen, ist wirklich nur peinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei einem weiteren Thema, über das wir hier diskutieren, ist es erstaunlich, dass sich draußen vor Ort immer alle Parteien einig sind. Es wird immer von der Verlässlichkeit der Energiewende und der Planungssicherheit gesprochen. Was ist aber jetzt schon wieder gemacht worden? Der Ministerpräsident posaunt die Unterstützung der Windkraftgegner hinaus. Er setzt sich fast schon an die Speerspitze der Windkraftgegner und sorgt für eine gewaltige Verunsicherung bei den Investoren. Ich fahre oft durch Bayern und besuche Energiegenossenschaften, Stadtwerke, engagierte Bürgermeister aller Parteien, die mit den Menschen vor Ort aktiv in die Windkraft investieren wollen. Diese Projekte erfahren jetzt eine solche Unsicherheit, dass sie kaum noch realisiert werden können.

Ein weiterer Punkt, und da gehe ich gleich auf den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU ein. Vorher waren Vertreter der Projektplaner für Windkraftanlagen und viele Bürgerinnen und Bürger hier. Sie haben eine Petition überreicht. Der Ministerpräsident hat immer wieder gesagt, ihm gehe es darum, eine Umzingelung der Ortschaften zu vermeiden. Meine Damen und Herren, wir haben ein Instrument, das diese Umzingelung längst verhindern kann. Wir alle wissen, die Windkraftanlagen sind im Baurecht privilegiert. Wir wissen aber auch, wenn die Planungsverbände sich mit den Landräten und den Bürgermeistern zusammensetzen, dann können Sie Vorranggebiete ausweisen und schon jetzt eine Umzingelung der Gemeinden verhindern und den Ausbau steuern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, der auch die Staatsregierung trifft und den wir hier oft genug diskutiert haben: Wenn man den Kommunen helfen möchte, dann muss das anders gehen als mit einem Antrag auf Bundesebene. Es ist unbestritten, dass es Probleme gibt, und wir wissen auch: Es gibt die eine oder andere Diskussion. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger einbinden und richtig einbeziehen. Deshalb müssen wir den Kommunen, die die Planungshoheit haben, die richtigen Instrumente zur Verfügung stellen. Es ist endlich ein 3-D-Windatlas herauszubringen. Wir brauchen endlich Planungssicherheit, auch für die Kommunen. Jetzt haben wir aber eine ganz andere Situation: Alle Landräte, alle Bürgermeister, gleich welcher Partei, die sich über die Vorranggebiete bereits Gedanken gemacht haben, mit Abständen von 800 Metern, was im Erlass der Staatsregierung drinsteht, die wissen jetzt nicht, was sie machen sollen. Sollen sie die Planungen auf Eis legen und erst mal abwarten? Oder sollen sie warten, bis Herr Seehofer endlich wieder eine andere Idee hat? Wenn sich der Ministerpräsident einfach nur hinstellen und sagen würde, er will überhaupt keine Windkraftanlagen, dann wüssten die Investoren, was sie in diesem Land erwartet oder auch nicht. Der Ministerpräsident macht es aber immer so, wie es sich nun auch im Antrag der CSU widerspiegelt: Man lässt sich alle Möglichkeiten offen, ohne konkret zu sagen, was man möchte.

Ich habe meine Rede damit begonnen, und damit möchte ich auch enden: Wir alle wissen, dass die Energiewende große Investitionen benötigt. Das ist unbestritten. Große Investitionen im Land sind notwendig, sie bringen Wertschöpfung und Arbeitsplätze und vieles mehr in die Region. Es ist aber ganz entscheidend, dass sich die Projektplaner, die Energiegenossenschaften, die Stadtwerke und die Bürgerinnen und Bürger, die an der Energiewende mitarbeiten möchten, die sie mitgestalten möchten, auf die Entscheidungen verlassen können, die die Politik gefällt hat. Dafür ist es jetzt höchste Zeit. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vor einem halben Jahr, als die Energiewende noch einen anderen Stellenwert gehabt hat, hätte die Staatsregierung unserem Antrag ohne Weiteres folgen können. Im ersten Absatz stellen wir deutlich fest, hinsichtlich der Nutzung der Windenergie solle die Staatsregierung an ihrem Konzept "Energie innovativ", das am 24. Mai 2011 beschlossen wurde, festhalten. Wir fordern, die bestehenden Empfehlungen zur Abstandsbestimmung in den "Hinweisen zur Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen", im sogenannten Windenergieerlass, nicht zu ändern. Außerdem wollen wir, dass der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gesucht wird. Da sind alle gefragt, wir beteiligen uns gerne daran.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich gebe Ihnen jetzt noch das Ergebnis der eben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Noichl, Karl und Fraktion (SPD), Drucksache 16/17348, "Bäuerliche Landwirtschaft stärken – Sicherung der zweiten Säule", haben 40 Abgeordnete mit Ja gestimmt; es gab 90 Nein-Stimmen. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

Wir fahren in der Debatte fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Thorsten Glauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat uns mit seiner Aussage "Ich rede den Menschen nach dem Mund und sage, was sie hören wollen" einen Bärendienst erwiesen, wenn wir die Windkraft voranbringen wollen. Herr Kreuzer, Herr Dr. Detsch, Sie werden das wie immer verantwortungsvoll an die Staatskanzlei übermitteln. Am 2. Juli werden wir, nachdem das Ergebnis der Energiekommission vorliegt, genügend Zeit haben, den Ministerpräsidenten noch einmal direkt auf dieses Thema anzusprechen.

Einfach zu sagen, der Abstand wird jetzt mit der zehnfachen Anlagenhöhe festgelegt, konterkariert all die Entwicklungen, die sich bislang in den Landkreisen abgezeichnet haben. Ich kann Ihnen einiges zu Oberfranken sagen. In den regionalen Planungsverbänden wurden 100 Vorrangflächen mit 1.000 Einwendungen abgewogen. Es gab 1.000 Einwendungen von Kommunen, die jetzt per Federstrich des Ministerpräsidenten einfach vom Tisch gewischt werden. Glauben Sie denn, dass die Kommunen wirklich viel Freude mit der Ausweisung oder gar bei der Abwägung hatten? Wissen Sie, mit wie viel Schmerz Gemeinderäte diesen Prozess in ihren Gemeinden aushalten mussten, was sie dort austragen und verhandeln mussten? Es ist nicht überall so, dass große Freude bestünde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch keine rechtlichen Instrumente, um momentan die zehnfache Anlagenhöhe überhaupt geltend zu machen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das ist die TA Lärm!)

Was haben wir momentan auf dem Tisch liegen? – Wir haben Teilflächennutzungspläne der Landkreise, wir haben in den regionalen Planungsverbänden den Windkrafteffort aus dem Wirtschaftsministerium und die Aussage des Umweltministeriums, einen Abstand von 1.000 Metern von den Anlagen zur Wohnbebauung einzuhalten. Dem gegenüber steht die TA Lärm. Nach der TA Lärm muss zu Einzelbauten, zu Industriegebieten und zu Industrieansiedelungen ein Abstand von 300 Metern eingehalten werden, zu Mischgebieten 500 Meter und zur allgemeinen Wohnbebauung 800 Meter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier liegt auch ein wenig die Krux dieser Gesetzgebung. In den Regionalplänen haben wir jetzt die 1.000 Meter stehen.

In den Kommunen haben wir versucht, für die Windkraftanlagen eine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, damit diese mitgehen. Nach § 35 haben die Kommunen die Möglichkeit, eine Positivplanung zu machen und den Standort für eine Windkraftanlage über Flächennutzungspläne, Teilflächennutzungspläne und Bauungspläne genau festzulegen. Das können sie. Aber, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, was passiert, wenn das im vorgesehenen Gebiet - nehmen wir einmal an, es ginge um fünf Windräder - mit fünf Windrädern bebaut würde? Wir haben den 1.000-Meter-Abstand, doch die TA Lärm regelt einen Abstand von 800 Metern. Es entsteht also ein Graubereich, und dieser Graubereich ist genau der Bereich, den wir im Moment nicht handhaben können. Nehmen wir an, wir haben draußen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Aufstellung von fünf Windkraftträdern erreichen können. Dann wird in diesen Graubereich hineingestoßen, und aus den fünf Windkraftträdern werden dann 15 oder gar 20.

Das kann aber nicht das Ziel sein; denn dann werden wir die Energiewende, so wie wir sie wollen, konterkarieren, weil wir die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger verlieren. Wir brauchen Handlungsinstrumente der Kommunen, damit dieser Graubereich, den ich gerade beschrieben habe, der sich aus der TA Lärm und dem Bundesimmissionsschutzgesetz ergibt – ab einem Megawatt wird eine Anlage nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beplant -, gesetzlich geregelt wird. Wenn wir diesen Bereich nicht gesetzlich regeln, dann werden sich Bürgerinitiativen an den Ministerpräsidenten wenden und sagen: Wir wollen das nicht. Wenn dann die zehnfache Anlagenhöhe genommen wird, löst das das Problem nicht. Wir müssen diese Graubereiche im Baugesetzbuch regeln, wir müssen den Kommunen Handlungsinstrumente an die Hand geben. Dann werden wir die Akzeptanz der Bevölkerung bekommen. Wenn wir diesen Bereich nicht regeln, dann werden wir bei der Umsetzung dieses Verfahrens noch enorme Schwierigkeiten bekommen.

Der Antrag der CSU macht juristisch wirklich große Freude. Da heißt es: "insbesondere ein großer Abstand". Was ist denn ein "insbesondere großer Abstand"? Ich muss wirklich sagen: Für alle, die das lesen, ist es ein Problem, zu sagen, was ein besonders großer Abstand ist. Die Dinge werden nach dem Baurecht geregelt, oder es wird nach der BImSchV verfahren. Man muss natürlich irgendetwas formulieren, aber man sollte nicht von einem großen Abstand sprechen, was auch immer das sein mag. Mit so etwas können wir nichts anfangen; das ist Augenwischerei. Wenn der Ministerpräsi-

dent von einem Abstand der zehnfachen Anlagenhöhe spricht und Sie stattdessen von einem "besonders großen" Abstand sprechen, dann sollten Sie sich doch besser an den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientieren und sich mit dem beschäftigen, was draußen geschieht.

Zu dem Antrag der GRÜNEN. Wir wollen uns in den Prozess natürlich hineinbegeben. Aber die Aussage, allein der Dialog mit den Bürgern werde die Probleme regeln, trifft nicht zu. Er wird es nicht regeln, weil uns genau die Graubereiche auf die Füße fallen werden.

Geben Sie uns gemeinsam Handlungsinstrumente an die Hand, die ein sauberes Verfahren ermöglichen und nicht Graubereiche aufmachen wie § 35 mit der Privilegierung, wodurch neue Probleme entstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Kollege Markus Blume.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Jahren ist uns vorgeworfen worden, der Ausbau der Windkraft in Bayern gehe zu langsam voran. Heute ist festzuhalten, dass die Windenergie in Bayern eine Erfolgsgeschichte geworden ist. Das hat insbesondere mit dem Windenergieerlass vom Dezember 2011 und der Gebietskulisse Windkraft 2012 zu tun. An dieser Stelle sage ich dem Umweltminister Marcel Huber herzlichen Dank, der die Dinge auf den Weg gebracht hat, was auch von den Verbänden hoch gelobt wurde. Die Windkraft hat sich in Bayern hervorragend entwickelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Hartmann, wenn man Sie reden hört, muss man meinen, dort, wo Sie regieren, wäre alles paletti, da laufe alles bestens. Wenn man sich aber den Zubau bei der Windkraft im Jahr 2012 anschaut, stellt man fest: In Baden-Württemberg, dem Land, in

dem Ihre grünen Freunde regieren, gab es 18,9 Megawatt installierte Leistung neu, während es in Bayern 188 Megawatt waren. In Bayern gab es also das Zehnfache an neu installierter Leistung im Bereich der Windenergie, und dies, ohne die Landschaft zu verschandeln. Dies gehört zur Wahrheit heute dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber wir wissen auch, dass der Ausbau umwelt- und vor allem menschenverträglich stattfinden muss. Bisher orientiert sich der Ausbau im Hinblick auf seine Grenzen insbesondere an immissionsrechtlichen Regelungen. Darauf ist in der Debatte schon hingewiesen worden.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die technologische Entwicklung in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass die Windkraftanlagen heute deutlich größer geraten als zu einer Zeit, als der Windkrafterlass in Kraft gesetzt wurde und darüber die Debatte geführt wurde. Heute gibt es Anlagen, die locker 200 Meter überschreiten. Dadurch entstehen ganz andere Akzeptanzfragen als in der Vergangenheit. Diese Akzeptanzfragen müssen adressiert werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass für einen menschenverträglichen Ausbau vielleicht Regelungen nachjustiert werden müssen. Dadurch geht das Abendland nicht unter, sondern das ist der Weg, wie wir die Energiewende verantwortbar machen, lieber Herr Hartmann.

Ich erinnere an eine Anhörung zur Bürgerakzeptanz bei uns in der Energiekommission. Da haben sogar die Vertreter der Genossenschaften gesagt: Bei großen Anlagen entsteht, wenn sie in Ost-West-Richtung aufgestellt sind, eine enorme Beschattungsbelastung. Es gibt eine Bedrängungswirkung und eine Umzingelungswirkung. Davor in der Politik die Augen zu verschließen und zu sagen, das interessiert uns nicht und wir nehmen das Instrumentarium, wie es für deutlich kleinere Anlagen ausgelegt worden ist, ist am Ende zu kurz gesprungen.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die das Instrumentarium erweitert, die geeignet ist, in der Bevölkerung die Akzeptanz zu fördern, die selbst-

verständlich Vertrauens- und Bestandsschutz gewährt. Dort, wo man sich in einem fortgeschrittenen Stadium befindet, soll also nicht alles auf "halt" gesetzt werden. Wir wollen eine Regelung mit Flexibilität, die möglicherweise bei der Privilegierung ansetzt, die auch in Zukunft erhalten bleibt, aber an die Frage gekoppelt ist, ob verträgliche Mindestabstände eingehalten werden.

Wir brauchen uns nicht über Faktoren zu unterhalten, also darüber, ob eine zehnfache Höhe in Frage kommt oder etwas anderes. Das ist übrigens etwas, Herr Hartmann, zu dem sich der Landesbund für Vogelschutz schon seit vielen Jahren zu Wort meldet. Da habe ich von Ihnen noch nie Widerspruch gehört, wenn es um das richtige Maß geht. Die weitere Debatte wird dazu noch etwas bringen. Zu sagen, das Instrumentarium sollte erweitert werden in einer Art und Weise, damit man für die Bürger akzeptable Lösungen finden kann, halten wir für richtig. Am Ende brauchen wir keine Lösungen, die den Kommunen noch mehr Möglichkeiten geben. Wir werden deshalb den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Denn wir gehen davon aus, dass durch unseren Vorstoß die Mitwirkung der Kommunen in sehr viel differenzierterer Weise ohnehin gewährleistet ist.

Zu Ihrem Antrag, Herr Hartmann, ist alles gesagt. Am Ende stellt sich auch hier die große Frage, die wir am 2. Juli hier noch einmal diskutieren werden, welcher Weg zu beschreiten ist.

Wir, die Regierungsfractionen, stehen für die gesteuerte und verantwortbare Energiewende, die die Zielkonflikte in den Blick nimmt und sie nicht wegdrückt. Bei Ihnen, Herr Hartmann, muss ich immer wieder feststellen, dass Sie hier drinnen appellieren, während von Ihrer Seite draußen dagegen demonstriert wird. Das ist die grüne Scheinheiligkeit, die wir in der Energiewendedebatte leider seit zwei, drei, vier Jahren hier erleben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bleiben Sie noch am Pult. Es gibt eine angekündigte Zwischenbemerkung.

Aber jetzt darf ich Ihnen erst bekannt geben, dass die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Damit kann unser Countdown für die 15 Minuten laufen.

Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann für die GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Blume, ist Ihnen eigentlich noch die Debatte in Erinnerung, in der Ihr damaliger Wirtschaftsminister sagte: Bayern, ein Land ohne Windkraft? - Die Windkraftanlagen sind in Bayern deshalb rentabel geworden, weil die Anlagen höher geworden sind; denn oben weht mehr Wind. Wir alle wissen, dass das bei den niedrigen Anlagen nicht funktioniert. Bei den höheren Anlagen ist der Ertrag größer. Das ist wirtschaftlicher, und die Versorgungssicherheit ist besser, weil der Wind durchschnittlich ruhiger, konstanter weht als in niedrigen Höhen.

Sie haben einen Vergleich zwischen Baden-Württemberg und Bayern angestellt. Von der Planung bis zur Genehmigung vergehen ungefähr drei Jahre. Zeigen Sie mir einmal eine Windkraftanlage, die in Bayern auf der Grundlage des neuen Erlasses am Netz ist, eine Anlage, die trotz des Widerstandes der Bürger von der Staatsregierung und den Bürgermeistern umgesetzt worden ist.

Sie haben weiter die Umzingelung von Ortschaften angesprochen. Da haben die Planungsverbände Vorranggebiete ausgewiesen. Meistens handelt es sich um nur 1,5 % der Fläche im Vorranggebiet bzw. im Planungsgebiet. Da kann doch keiner von einer Umzingelung der Ortschaften sprechen. Des Weiteren haben Sie gemeint, es müsse ein Rückhalt in der Bevölkerung gegeben sein. Aber nach Umfragen stehen eigentlich 80 % hinter der Windkraft. Da haben wir einen Rückhalt in der Bevölkerung wie in kaum einem anderen Bereich.

Dann gibt es noch etwas Merkwürdiges. Auf der einen Seite haben Sie in der Energiekommission den Gedanken vertreten, dass möglichst viele Produktionsanlagen in Bayern stehen sollten. Wir alle wissen aber: Die Energiewende wird mit Wind und Sonne entweder gelingen oder nicht gelingen. Wenn Sie in den Wind eine Bremse einziehen, dann wird sie nicht gelingen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Blume zur Erwiderung, bitte.

Markus Blume (CSU): Lieber Kollege Hartmann, ich weiß, dass es schmerzhaft sein muss, zu sehen, dass die Kollegen in Baden-Württemberg nicht so reüssieren, wie Sie es sich alle erhofft haben, und dass es dort einfach nicht vorangeht. Bei diesem Schmerz kann ich Ihnen aber nicht helfen.

Was die Windkraft in Bayern generell angeht, so wollen wir sie selbstverständlich voranbringen. Wir sind uns völlig einig, dass die Zukunft, was die Windhöufigkeit angeht, bei den Windkraftanlagen der neuesten Generation liegt. Diese sind in der Tat höher. Man müsste schon mit geschlossenen Augen durchs Land gehen, um diese Entwicklung nicht zu sehen. Wenn wir Anlagen haben wollen, die mit hoher Effizienz am Netz sind, dann sind es in der Tat diese Anlagen.

Aber es ist dann doch auch nicht verkehrt, zu sagen: Wenn schon diese neue Anlagengeneration kommt, die ganz andere Wirkungen auf das Landschaftsbild und auf die dort wohnenden Menschen hat, dann muss das vorhandene Instrumentarium, das immissionsrechtlich gar nicht so weit wirkt, wie vielleicht die Bedrängungswirkung eines 200-Meter-Turms reicht, aktualisiert werden. Man muss versuchen, die Entwicklung in bestimmten Bahnen zu halten. Wir wollen die Windkraft in Bayern nicht abwürgen, sondern wollen sie ganz im Gegenteil insgesamt auf den Pfad einer gesteuerten und verantwortbaren Energiewende bringen. Das halten wir für richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Wir fahren mit der Debatte fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Thalhammer für die Fraktion der FDP.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Umstieg in ein Zeitalter der Versorgung mit erneuerbarer Energie kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Die Energiewende hängt vom Mitmachen der Menschen ab. Die Menschen machen nur mit, wenn sie auf eine gewisse Akzeptanz stoßen. Das Thema Windenergie und Windkraftanlagen ist womöglich das emotionalste und polarisierendste Thema überhaupt. Damit müssen wir dementsprechend sehr sachlich umgehen. Leider gibt es keine perfekte Art, mit Kraftwerken Strom zu erzeugen. Jede Kraftwerksart weist irgendein Problem auf. Dem einen ist dies wichtiger, dem anderen ist das wichtiger.

Wir müssen auch über die Vorteile der Windenergie sprechen. Denken wir beispielsweise an den Fall, dass ein Windrad steht. Die variablen Kosten für den Betrieb einer Windkraftanlage sind sehr gering. Dadurch ist die Stromproduktion durch Windenergie preisgünstig. Deshalb können wir auf die Windenergie nicht verzichten, auch deswegen nicht, weil wir dem stetigen Anwachsen der Energiepreise gegensteuern wollen. Wir müssen darauf achten, dass Strom nicht zum Luxusgut wird. Dazu kann auch die Windkraft einen Teil beitragen.

Gerade in touristisch geprägten Gegenden hat die Stromerzeugung durch Windkraftanlagen auch Nachteile. Viele begründen ihre Haltung mit ihrem Geschmack und meinen: So ein Windrad ist hässlich. Diese Haltung wird gar nicht inhaltlich, sondern nur emotional, geschmacklich, begründet. Darauf muss man im Interesse der Wirtschaft, des Tourismus und auch der Bürgerinnen und Bürger vor Ort Rücksicht nehmen. Denn ich habe eingangs gesagt: Die Energiewende lebt vom Mitmachen und damit von der Akzeptanz. Man kann Bürgerinnen und Bürgern nicht einfach etwas vor die Nase setzen, was sie nicht haben wollen; denn das nützt nicht der Energiewende, sondern schadet ihr.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deshalb ist es wichtig, dass wir einen gemeinsamen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen und dass wir für verlässliche Mittel sorgen, mit denen man gewisse Ängste nehmen kann. Wir haben beispielsweise empfohlen, dass bei der Wohnbebauung ein Abstand von 800 Metern zu einer Windkraftanlage eingehalten werden soll. Das soll höhenunabhängig gelten. Ich wünsche und fordere, dass aus dieser Empfehlung eine Muss-Bestimmung wird und vorgeschrieben ist, dass zwischen einem Windrad und der Wohnbebauung ein Abstand von 800 Metern liegen muss. Ich glaube, dann können wir viele Probleme für die Windenergie vor Ort lindern und für eine größere Akzeptanz sorgen.

Wir müssen uns jedoch um die Windkraft in Bayern keine großen Sorgen machen. Denn im Vergleich zu anderen Bundesländern sind wir hier sehr gut aufgestellt. Allein im Jahr 2012 haben wir 81 neue Windräder in Bayern gebaut. Wir haben eine Gesamtleistung von 200 Megawatt aufzuweisen. Ich setze das in einen Vergleich. Das entspricht hinsichtlich der rein rechnerischen Leistung – ich spreche nicht von den Fluktuationen – der Stärke eines Kernkraftwerks. Wir sind hier in Bayern also gut aufgestellt. Man kann das nicht verniedlichen, wie Sie das immer aus parteipolitischem Kalkül heraus tun. Wir müssen uns überhaupt nicht schämen, wenn wir uns mit anderen vergleichen. Mit unserer Leistung an Windenergie, die wir in Bayern bereits jetzt erbringen, liegen wir im bundesdeutschen Vergleich auf Platz sechs. Wenn man bedenkt, dass wir nicht so windhöffig sind, also dass der Wind bei uns nicht so weht wie beispielsweise in Schleswig-Holstein, ist das ein respektables Ergebnis. Im Vergleich mit den anderen südlichen Bundesländern stellen wir fest, dass wir mit unserer Leistung hier auf Platz zwei liegen.

Sie von Rot-Grün loben Baden-Württemberg immer nach oben. Dazu ist festzuhalten, dass unter dem grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg im letzten Jahr ganze neun neue Windräder entstanden sind. Baden-Württemberg liegt auf dem letzten Platz. Bayern baut 81, Baden-Württemberg baut neun neue Windräder. Bayern

liegt an zweiter Stelle, Baden-Württemberg an letzter Stelle. Wir müssen uns von Ihnen nicht sagen lassen, wie die Energiewende gelingt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER kann ich nur sagen: Das ist ein Offenbarungseid mit Blick auf die vorhin geführte Diskussion zum LEP. Das deutet auf die Haltung der FREIEN WÄHLER hin: mal dafür, mal dagegen und am Ende eine entschlossene Enthaltung. Sie lehnen das LEP ab, weil es viel zu wenig sinnvoll wäre. Im LEP steht ein Punkt, der den Kommunen die Chance gibt, dass sie Vorbehalts- und Vorrangflächen für Windräder einrichten können und diese nicht von oben oktroyiert bekommen. Dafür plädieren Sie in Ihrem Antrag. Sie lehnen das LEP ab, von dem Sie sagen, da steht ja nichts darin; und dann schreiben Sie ab und fordern das Gleiche in einem eigenen Antrag. Sie sprechen mit gespaltener Zunge. Das sind die FREIEN WÄHLER. Es verhält sich wie in der Energiekommission. Sie machen große Worte, aber lassen nur kleine Taten folgen. Das verhält sich bei den Regierungsfractionen anders, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen. Ja, wir brauchen auch die Windkraft; aber es gibt eine andere Art der erneuerbaren Energie, die viel besser zu Bayern passt, die es in Bayern schon immer gegeben hat, die seit Jahrhunderten zu Bayern gehört und die auch eine Zukunft hat, die nicht fluktuiert und erneuerbar ist. Ich sage Ihnen: Wir sollten uns viel mehr Gedanken über die Wasserkraft als über die Windkraft machen. Dabei stoßen wir auf mehr Akzeptanz, damit können wir kontinuierlich Strom produzieren. Das ist die Art der erneuerbaren Energie, die zu Bayern am besten passt. Dafür steht die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, ich nehme an, Sie sind mit ihrem Beitrag zunächst fertig. Dann darf ich Herrn Kollegen Glauber das Wort für eine Zwischenbemerkung erteilen. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Thalhammer, Sie haben wieder einmal gezeigt, dass Sie von dem Prozess, wie in den Regierungsbezirken eine Vorrangfläche entsteht, eigentlich keine Ahnung haben. Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass die Gemeinden natürlich in den Prozess der Einrichtung von Vorrangflächen eingebunden waren. Die Gemeinden haben aktiv mitgemacht und verfügen dafür über das bauleitplanerische Instrument. Aber die Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – BImSchV – sieht in ihren Regeln etwas vor, das anders aussieht als die letztendlich ausgewiesenen Vorrangflächen. Dazwischen entstehen Graubereiche. Sie müssten sich mit der Bauleitplanung beschäftigen und klären, wie mit diesen Graubereichen zu verfahren ist. Die Probleme liegen bei diesen Graubereichen. Wenn Sie das nicht verstehen, müssen Sie sich von einem Bauleitplaner beraten lassen; dann würden auch Sie es irgendwann verstehen.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Glauber, was ich verstehe und was nicht, sei nun einmal dahingestellt. Ihre Zwischenintervention verstehe ich nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wie so vieles!)

– Wo keine Substanz ist, gibt es auch wenig zu verstehen. Ich kann Ihnen nur eines nochmals sagen. Wie und wo Windkraftanlagen vor Ort bei den Kommunen gebaut werden sollen, entscheiden die Regionalen Planungsverbände. Wer sitzt in diesen Regionalen Planungsverbänden? Nicht wir als Landtagsparlamentarier, sondern Vertreter der Kommunen vor Ort. Wieso kommen Sie überhaupt auf die Idee, zu behaupten, die Kommunen hätten hierbei keinen Gestaltungsspielraum? Ich weiß jedenfalls, dass eine Kommune, die proaktiv mit dem Thema umgeht, gestalten kann. Dafür bietet das

LEP die besten Handlungsalternativen. Auch wenn Sie es nicht verstehen wollen, kann man doch die Wahrheit nicht durch Ignoranz wegdiskutieren.

Ich habe schon gesagt, ja, wir brauchen noch etwas mehr Sicherheit auch für die Bürgerinnen und Bürger. Empfehlen wir die 800-Meter-Abstandsregelung nicht nur, sondern machen wir sie fix! Dann ist vielen geholfen. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Thalhammer. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Wörner. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Lage scheint schwierig zu sein. Erst wird hier im Landtag vonseiten des Ministerpräsidenten und von anderen gefordert: Wir brauchen 1.500 Windräder in Bayern, und dafür müssen wir, auch Sie alle, für Akzeptanz sorgen. Dann dreht man sich einmal kurz um, und alles sieht wieder ganz anders aus. Dann sorgen wir nicht mehr für Akzeptanz, sondern sagen, wie schwierig alles ist. Diese Politik hält niemand aus, auch nicht die Industrie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein gewisser Herr Beermann – soweit ich weiß, ist er der Vertreter der bayerischen Windkraft – war da und hat sich massiv darüber beschwert, dass man mit diesem Zickzack-Kurs Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr bringt. Das ist der eine Teil der Geschichte.

Der zweite Teil ist noch viel fataler. Dabei müsste der Herr Ministerpräsident eine Sekunde lang über seinen Amtseid nachdenken. Wenn wir es nicht schaffen, den Klimawandel zu stoppen – dazu gehört die Energiewende –, werden die Roten Listen immer länger, und dieses Land Bayern wird sich in einer Art und Weise verändern, wie wir es nicht wollen und wogegen das Windrad eine Schönheit wäre.

Das muss uns allen klar sein. Und wenn uns dies klar ist, wird man dieses kleinkarierte Gezänk aufgrund einiger Einsprüche, die es gibt, nicht einfach durch Zusagen wegdrücken und dann sogar noch mit einem Antrag unterstützen, der an Traurigkeit nicht zu überbieten ist. Wir können natürlich das Spiel treiben: Wir in Bayern hätten es natürlich gern, aber der Bund tut es nicht. Das halte ich aber für absolut unanständig. Im Übrigen weiß jeder ganz genau, dass es bereits heute Vorschriften gibt, nach denen die Windkraftanlagen errichtet werden. Ich meine die TA Lärm. Oder sollte es jetzt vielleicht eine TA Seehofer geben?

Meine Damen und Herren, ich habe bisher immer daran gezweifelt, dass sich der Schlagschatten der Windräder tatsächlich auf die Psyche der Menschen auswirkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei den Geschichten, die zurzeit ablaufen, glaube ich, dass etwas an der Belastung dran ist bei manchen Menschen, die im Schlagschatten stehen.

(Zurufe von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe dieses Problem nie gehabt, aber anscheinend andere, sonst würden Sie jetzt nicht so herumargumentieren. Hat es sich Ihnen noch nicht erschlossen, dass die neuen Anlagen immer leiser werden? Lärm bedeutet bei den Windkraftanlagen bekanntermaßen Leistungsverlust; daher ist der Hersteller schon von sich aus daran interessiert, diese Anlagen möglichst leise laufen zu lassen. Es ist unstrittig, dass die neuen Anlagen erheblich leiser geworden sind.

Vor diesem Hintergrund dürfen wir die Debatte nicht mit dem Tenor führen, wie schlimm das alles ist, sondern wir sollten positiv an die Debatte herangehen, wie wir es schon mal getan haben. Wir sollten klären, was gut daran ist, und die Frage beantworten, wie wir damit weiterkommen können.

Dass die Kommunen und die Regionalverbände jedes Mal beteiligt sein müssen, ist klar. Wir hätten vielleicht den Winderlass noch etwas anders fassen können; denn da

gibt es manche Unschärfen. Da wird manches versprochen, was noch gemacht werden soll, aber bisher nicht vorhanden ist.

Bisher – das sage ich Ihnen ausdrücklich – haben wir der Windkraft in Bayern einen Bärendienst erwiesen. Das kommt nicht von mir, sondern von den Anlagenherstellern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben ihnen einen Bärendienst erwiesen. Das muss schnellstmöglich aus der Welt geschafft werden, um sicherzustellen, dass die Investitionsbereitschaft nicht verloren geht. Sie muss vielmehr mehr vorangetrieben werden, denn bei der derzeit geltenden TA Seehofer wäre bei 200 bis 300 Windrädern nach der Zehnerregel einfach Schluss. Heute sind diese Aussagen wieder etwas beschönigt worden; man lässt den Ministerpräsidenten nicht Regen stehen, merkt aber, dass dieser Antrag aus der Not geboren wurde, um einen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen.

Wir sagen: Lassen Sie uns nach den bisherigen Regelungen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortfahren. Dazu braucht es keine neuen Regelungen, die alten sind gut genug. Wir glauben, sie waren das richtige Instrument.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch etwas sehr Ernstes. Bei der Diskussion um die Energiewende und den Ausstieg aus der Kernenergie saßen sehr viele Besucher im Saal, von denen ich heute noch behaupte: In der Not Getriebene sind keine Überzeugungstäter. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, steuern mit Ihrer Energiepolitik darauf zu, dass die Kernkraftlaufzeiten in Bayern verlängert werden müssen. Dafür müssen wir Sie in die Verantwortung nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Für die Staatsregierung meldet sich jetzt Herr Staatsminister Dr. Huber. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Cool down! Wir sind doch auf einem gemeinsamen Weg, die Energiewende voranzubringen. Diese Wende erfordert einen großen Aufwand. Sie bedeutet eine große Anstrengung, weil das Ganze nur funktioniert, wenn die Bevölkerung insgesamt mitmacht. Und genau das ist das Problem. Die abstrakte Zustimmung zur Windkraft bzw. zur allgemeinen Herangehensweise, dieses Land auf regenerative Energien umzustellen, ist groß. Wenn es aber ums Detail geht, ums Konkrete, um den eigenen Vorgarten, dann wird es schwierig. Aus diesem Grund ist es notwendig, eine Balance zu finden zwischen den Ansprüchen der Natur – ich spreche konkret vom Vogelschutz, von den Fischen oder dem Landschaftsbild, von der noch in großen Teilen unberührten Landschaft, einem der Vorzüge Bayerns – und dem Schutzbedürfnis des Menschen. Das wird in der Debatte möglicherweise immer ein bisschen in den Hintergrund gerückt.

Die Bewertung der Frage, welche regenerativen Energieformen wir nun angreifen wollen, ist für mich manchmal nicht nachzuvollziehen.

(Ludwig Wörner (SPD): Angreifen ist gut!)

Ich nenne als Beispiel nur einen frei fließenden Fluss, wo man an einer Stelle ein Querbauwerk aus hydrologischen Gründen braucht, weil sich der Fluss eintieft. Da sollte man vielleicht darüber nachdenken, wie man fischverträglich Energie gewinnen kann und eine Verbesserung der Morphologie erreicht, indem man die Durchgängigkeit herstellt. Wenn ein solches Herangehen als indiskutabel abgetan wird, kann ich das nicht verstehen. Wasser pfui!

Dagegen Wind! Wenn es darum geht, darauf zu achten, dass die Windanlage keine landschaftszerstörerischen Wirkungen ausübt und den Vögeln nicht schadet und sich Menschen - ein ganz wichtiges Argument! – dadurch nicht beeinträchtigt fühlen, dann sagt man: Lasst euch keinen Floh ins Ohr setzen, das müssen wir durchziehen.

Da frage ich mich schon, wo die richtige Schwerpunktsetzung zu finden ist. Wir sollten den Weg zur Wende gemeinsam gehen. Wir haben erkannt: Onshore-Anlagen sind etwas, was Bayern hilft. Wir haben uns dazu auf den Weg gemacht; ich selbst habe den Windenergieerlass vorgebracht. Wir sind deutlich vorangekommen. Im Jahre 2009 hatten wir 384 Windkraftträder, im Jahre 2012 waren es bereits 567. Bei dieser Entwicklung sagen manche Menschen in Bayern bereits: Nun reicht es aber. Diese Ausbaudimension hat für manche Menschen ein Maß erreicht, dass sie sich dagegen wenden.

Die Hilferufe dieser Menschen zu ignorieren und zu sagen, alle Bedenken müssen zurückstehen gegenüber unserem großen Ziel der Energiewende, entspricht nicht einer Regierungskoalition wie der unseren. Aus diesem Grund haben wir uns gesagt: Schauen wir uns an, was die Leute stört. Die Leute stört die Umzingelungswirkung. Ja, Sie haben recht: Man kann das Problem durchaus lösen. Aber ich muss immerhin die noch etwas unsicheren Regionalplaner unterstützen und sagen: Leute, es gibt durchaus einen Weg, der inzwischen auch gerichtlich abgesichert ist. Wir kümmern uns darum, eine Situation, bei der sich die Menschen umzingelt fühlen, künftig sicher auszuschließen.

Und noch etwas, was sich mit der Zeit ergeben hat. Vor Jahren war ein 60 Meter hohes oder ein 80 Meter hohes Windrad Stand der Technik. Da man die Leute von den daraus entstehenden Lärmwirkungen schützen musste, sind wir anhand der TA Lärm auf den Abstand von 800 Metern gekommen. Da, haben wir gesagt, hört man nichts mehr, da ist man auf der sicheren Seite. Doch wenn diese 800 Meter nicht vorgeschrieben sind, meinen wir, dass man sich die ganze Sache erleichtern kann, indem man diesen Abstand einhält.

Und noch etwas. Das Bundesimmissionsschutzgesetz bezieht sich ausschließlich auf die Beeinträchtigung durch Lärm. Wenn ich jetzt eine andere Beeinträchtigung heranziehen würde, würde sich etwas ändern. Ein 80 Meter hohes Windrad mit einem Abstand von 800 Meter mag tolerabel sein. Aber wenn da plötzlich ein Windrad steht,

das 200 Meter hoch ist oder später vielleicht auch 240 Meter hoch, dann ist die Bedrängungswirkung, die von einem solchen Windrad ausgeht, weitaus gravierender.

Jetzt die Sorgen und Nöte dieser Menschen ernst zu nehmen und sie nicht als irgendwelche Fantasten oder Spinner zu bezeichnen, ist oberstes Gebot. Denn es sind Leute, die sagen: Ich akzeptiere 80 Meter hohe Windräder, aber die Wirkung von 200-Meter-Anlagen beeinträchtigt uns in unserer persönlichen Wahrnehmung deutlich bis hin zu psychosomatischen Störungen. Wir können nicht einfach daran vorbeischaun und sagen: Das stört uns jetzt bei der Umsetzung der Energiewende. Das machen wir nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bisher hat Sie es auch nicht gestört!)

Aus diesem Grund gehen wir jetzt so an die Sache heran, dass wir sagen: Wir kümmern uns jetzt um die besondere Wirkung dieser besonders hohen Anlagen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das fällt Ihnen aber früh ein!)

- Irgendwann muss man es machen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn der Ministerpräsident umfällt!)

Wir haben uns jetzt vorgenommen, diese Dinge zu berücksichtigen, und bringen diese Dinge jetzt rechtlich auf den Weg.

(Natascha Kohnen (SPD): Das finden die Investoren super, Herr Huber!)

Es handelt sich dabei um Bundesrecht, das werden wir hier nicht klären können. Bis dahin raten wir all denen, die vor Ort in der Entscheidung sind: Gehen Sie auf die Menschen zu.

(Natascha Kohnen (SPD): Wir machen das schon lange!)

Versuchen wir, einheitliche Lösungen zu finden! Diese Lösungen werden vor Ort mit Sicherheit ausreichend Raum geben, um unseren Plan zu verwirklichen, nämlich

1.000 oder 1.500 Windräder in diesem großen Land unterzubringen. Unsere Ziele sind damit nicht konterkariert. Ich wehre mich ganz einfach dagegen, wenn wir uns jetzt um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmern, so zu tun, als würden wir die Windkraft in diesem Land gänzlich unmöglich machen. Das ist der falsche Schluss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erschweren aber auf jeden Fall!)

Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt gibt es noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Lieber Marcel, wir können das so austragen. Aber eines wollen wir der Wahrheit halber doch sagen: Das Konzept der SPD war schon immer: mit den Menschen die Energiewende gestalten.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ja, genau.

Ludwig Wörner (SPD): Da lassen wir uns jetzt nicht wegdrängen. Das lassen wir uns auch nicht wegnehmen. Da habt ihr noch lange gebraucht und wart Gegner auf Tod und Teufel, habt die Voltaik in den Boden gestampft und so weiter, das wollen wir jetzt nicht vertiefen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Inge Aures (SPD): Bravo!)

Aber über eines sollten wir uns auch verständigen: Die neuen Anlagen – das habe ich vorhin schon einmal zu erläutern versucht – sind trotz größerer Höhe leiser geworden.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ja, nichts dagegen.

Ludwig Wörner (SPD): Damit ist die TA Lärm immer noch ein guter Schutz. Man kann gerne eine geschmäckerliche Debatte führen. Aber dann weise ich noch einmal auf den Klimaschutzfaktor hin. Irgendwann wird die Frage gestellt werden: Was hat mehr geschadet oder genutzt? Das Windrad, das uns vielleicht nicht gefällt, oder der Klimawandel mit immer länger werdenden Roten Listen? Das ist die Frage, die wir uns in der Konsequenz stellen müssen.

Da sage ich Ihnen: Schauen Sie sich doch einmal Ihren CSU-Bürgermeister in Wildpoldsried an: wunderschöne Voralpengegend, wunderschönes Land, wunderschöner Tourismusort, Touristen in Massen trotz der Windräder.

(Christa Stewens (CSU): Kennen wir!)

Sie haben dort immer mehr. Komisch. Warum geht es dort?

Auf einmal heißt es in der CSU: Um Gottes willen, die Windräder verschandeln das Land. Dann stellt sich der Herr Ministerpräsident an die Spitze und leiert etwas an, von dem ich geglaubt hatte, über diesen Punkt wären wir hinweg.

Natürlich müssen wir mit den Leuten reden. Das haben wir von Anfang an gesagt und sagen es nicht erst seit gestern, wo irgendeiner aufgewacht ist, weil man ihn in der Staatskanzlei besucht hat. Das haben wir gar nicht nötig. Wir reden vorher mit den Leuten. So einfach ist das.

Meine Bitte wäre, etwas sorgfältiger bei der Wortwahl zu sein. Wir reden inzwischen bei Windrädern, aber auch bei anderen Techniken nur noch über Probleme, aber nicht über die Zukunftsfähigkeit dieser Dinge.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das war keine Frage, sondern eine Zwischenbemerkung. Da steht es dem Angesprochenen frei, ob er antworten will oder nicht.

(Inge Aures (SPD): Er ist sprachlos!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zunächst lasse ich in einfacher Form abstimmen über den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, Drucksache 16/17349. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag, über den in einfacher Form abgestimmt wird. Das ist der Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP, Drucksache 16/17350. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU und FDP. Gegenstimmen bitte! – FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Diesmal keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/17329. Die Urnen sind bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.25 bis 17.30 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und Fraktion der GRÜNEN "Windenergie in Bayern voranbringen – Den Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern suchen!" auf Drucksache 16/17329 bekannt. Es gab 41 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 15 Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.06.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Windenergie in Bayern voranbringen - Den Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern suchen! (Drucksache 16/17329)

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich | Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|----|------|---------------|---|----|------|---------------|
| Ackermann Renate | X | | | Goderbauer Gertraud | | X | |
| Aiwanger Hubert | | | | Görlitz Erika | | | |
| Arnold Horst | X | | | Dr. Goppel Thomas | | X | |
| Aures Inge | X | | | Gote Ulrike | X | | |
| Bachhuber Martin | | X | | Gottstein Eva | | | |
| Prof. Dr. Barfuß Georg | | X | | Güll Martin | X | | |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter | | | X | Güller Harald | X | | |
| Prof. Dr. Bausback Winfried | | X | | Freiherr von Gumpenberg Dietrich | | | |
| Bause Margarete | X | | | Guttenberger Petra | | X | |
| Dr. Beckstein Günther | | | | Hacker Thomas | | X | |
| Dr. Bernhard Otmar | | X | | Haderthauer Christine | | | |
| Dr. Bertermann Otto | | | X | Halbleib Volkmar | X | | |
| Dr. Beyer Thomas | | | | Hallitzky Eike | X | | |
| Biechl Annemarie | | X | | Hanisch Joachim | | | X |
| Biedefeld Susann | | | | Hartmann Ludwig | X | | |
| Blume Markus | | X | | Heckner Ingrid | | X | |
| Bocklet Reinhold | | X | | Heike Jürgen W. | | X | |
| Breitschwert Klaus Dieter | | X | | Herold Hans | | | |
| Brendel-Fischer Gudrun | | X | | Dr. Herrmann Florian | | X | |
| Brunner Helmut | | | | Herrmann Joachim | | | |
| Dr. Bulfon Annette | | X | | Dr. Herz Leopold | | | X |
| Dechant Thomas | | | | Hessel Katja | | | |
| Dettenhöfer Petra | | X | | Dr. Heubisch Wolfgang | | | |
| Dittmar Sabine | X | | | Hintersberger Johannes | | X | |
| Dodell Renate | | X | | Huber Erwin | | X | |
| Donhauser Heinz | | X | | Dr. Huber Marcel | | X | |
| Dorow Alex | | | | Dr. Hünnerkopf Otto | | X | |
| Dr. Dürr Sepp | X | | | Huml Melanie | | X | |
| Eck Gerhard | | X | | Imhof Hermann | | X | |
| Eckstein Kurt | | X | | Jörg Oliver | | X | |
| Eisenreich Georg | | X | | Jung Claudia | | | X |
| Erben Reiner | | | | Kamm Christine | X | | |
| Dr. Fahn Hans Jürgen | | | | Karl Annette | X | | |
| Felbinger Günther | | | X | Kiesel Robert | | | |
| Dr. Fischer Andreas | | X | | Klein Karsten | | X | |
| Dr. Förster Linus | | | | Kobler Konrad | | | |
| Franke Anne | X | | | König Alexander | | X | |
| Freller Karl | | X | | Kohnen Natascha | X | | |
| Füracker Albert | | | X | Kränzle Bernd | | | |
| Prof. Dr. Gantzer Peter Paul | X | | | Kreuzer Thomas | | | |
| Gehring Thomas | X | | | Ländner Manfred | | X | |
| Glauber Thorsten | | | X | Freiherr von Lerchenfeld Ludwig | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|--|----|------|---------------|
| Graf von und zu Lerchenfeld Philipp | | X | |
| Lorenz Andreas | | | |
| Prof. Männle Ursula | | | |
| Dr. Magerl Christian | X | | |
| Maget Franz | X | | |
| Matschl Christa | | | |
| Dr. Merk Beate | | | |
| Meyer Brigitte | | X | |
| Meyer Peter | | | X |
| Müller Josef | | | |
| Müller Ulrike | | | X |
| Mütze Thomas | X | | |
| Muthmann Alexander | | | X |
| Naaß Christa | | | |
| Nadler Walter | | X | |
| Neumeyer Martin | | X | |
| Nöth Eduard | | X | |
| Noichl Maria | | | |
| Pachner Reinhard | | X | |
| Dr. Pauli Gabriele | | | |
| Perlak Reinhold | X | | |
| Pfaffmann Hans-Ulrich | | | |
| Prof. Dr. Piazolo Michael | | | X |
| Pohl Bernhard | | | X |
| Pointner Mannfred | | | X |
| Pranghofer Karin | | | |
| Pschierer Franz Josef | | | |
| Dr. Rabenstein Christoph | X | | |
| Radwan Alexander | | X | |
| Reichhart Markus | | | |
| Reiß Tobias | | X | |
| Richter Roland | | | |
| Dr. Rieger Franz | | X | |
| Rinderspacher Markus | | | |
| Ritter Florian | | | |
| Röhde Jörg | | X | |
| Roos Bernhard | X | | |
| Rotter Eberhard | | X | |
| Rudrof Heinrich | | X | |
| Rüth Berthold | | X | |
| Dr. Runge Martin | X | | |
| Rupp Adelheid | | | |
| Sackmann Markus | | | |
| Sandt Julika | | X | |
| Sauter Alfred | | | |
| Scharfenberg Maria | | | |
| Schindler Franz | X | | |
| Schmid Georg | | X | |
| Schmid Peter | | X | |
| Schmitt-Bussinger Helga | X | | |
| Schneider Harald | X | | |
| Schöffel Martin | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|------------------------------------|----|------|---------------|
| Schopper Theresa | X | | |
| Schorer Angelika | | X | |
| Schreyer-Stäblein Kerstin | | X | |
| Schuster Stefan | X | | |
| Schweiger Tanja | | | |
| Schwimmer Jakob | | | |
| Seidenath Bernhard | | X | |
| Sem Reserl | | | |
| Sibler Bernd | | | |
| Sinner Eberhard | | X | |
| Dr. Söder Markus | | | |
| Sonnenholzner Kathrin | X | | |
| Dr. Spaenle Ludwig | | | |
| Stachowitz Diana | X | | |
| Stahl Christine | X | | |
| Stamm Barbara | | X | |
| Stamm Claudia | | | |
| Steiger Christa | X | | |
| Steiner Klaus | | X | |
| Stewens Christa | | X | |
| Stierstorfer Sylvia | | X | |
| Stöttner Klaus | | | |
| Strehle Max | | X | |
| Streibl Florian | | | X |
| Strobl Reinhold | X | | |
| Ströbel Jürgen | | | |
| Dr. Strohmayr Simone | | | |
| Taubeneder Walter | | X | |
| Tausendfreund Susanna | X | | |
| Thalhammer Tobias | | X | |
| Tolle Simone | | | |
| Unterländer Joachim | | X | |
| Dr. Vetter Karl | | | |
| Weidenbusch Ernst | | X | |
| Weikert Angelika | | | |
| Dr. Weiß Bernd | | | |
| Dr. Weiß Manfred | | | |
| Dr. Wengert Paul | X | | |
| Werner Hans Joachim | X | | |
| Werner-Muggendorfer Johanna | X | | |
| Widmann Jutta | | | |
| Wild Margit | | | |
| Will Renate | | X | |
| Winter Georg | | | |
| Winter Peter | | X | |
| Wörner Ludwig | X | | |
| Zacharias Isabell | X | | |
| Zeil Martin | | X | |
| Zeitler Otto | | | |
| Zelmeier Josef | | X | |
| Dr. Zimmermann Thomas | | X | |
| Gesamtsumme | 41 | 71 | 15 |